

Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf Geomatiker, Geomatikerin

Schriftliche Prüfung

Prüfungsbereich 5: - *Wirtschafts- und Sozialkunde* -

Termin: 14. Juni 2018

Kennziffer:

Lösungsfrist: **60 Minuten**

Hilfsmittel: Taschenrechner

Aufgaben: 51 Fragen auf 12 Seiten, 1 Markierungsbogen
(Bitte Vollständigkeit überprüfen)

Hinweise: Von den angebotenen **45 Multiple-Choice-Aufgaben** müssen Sie **40 Aufgaben** bearbeiten. Entscheiden Sie selbst, welche Aufgaben Sie lösen möchten.
Es ist jeweils nur eine Antwort richtig. (Punktzahl = 80)
Von den angebotenen **6 ungebundenen Aufgaben** müssen Sie **5 Aufgaben** beantworten. Formulieren Sie Ihre Antworten in Stichpunkten.
(Punktzahl = 20)

Bei der Ermittlung der Prüfungsleistungen wird für die Bewertung der Ankreuzfragen ausschließlich der Markierungsbogen (Anhang) zugrunde gelegt. Sollte aus Versehen eine Markierung in das falsche Feld gesetzt werden, so ist dieses Kreuz unkenntlich zu machen und ein anderes Kreuz an die richtige Stelle zu setzen.

Es wird Wert auf leserliche Schrift und ein sauberes Schriftbild gelegt.
Unleserliches wird nicht bewertet!

Beschriften Sie bitte jedes einzelne Blatt Ihrer Lösung am oberen rechten Rand deutlich lesbar mit Ihrer Kennziffer.

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

1. Aufgabe

Was versteht man unter dualer Ausbildung?

1. Ausbildung in Betrieb und Berufsschule
2. Ausbildung in zwei Betrieben
3. Ausbildung durch zwei Ausbilder
4. Verbundausbildung
5. Ausbildung in zwei Stufen

2. Aufgabe

Warum wird berufliche Flexibilität für alle Arbeitnehmer zunehmend wichtig?

1. Lebensarbeitszeit wird kürzer
2. Wochenarbeitszeit wird kürzer
3. Anforderungen am Arbeitsplatz steigen
4. Betriebe gehen zunehmend ins Ausland
5. Zahl der freien Stellen steigt

3. Aufgabe

Welches Hauptziel hat eine Umschulung?

1. höheres Einkommen
2. mehr Arbeitszufriedenheit
3. Erwerben eines Berufsabschlusses
4. Vorbereitung zur Selbstständigkeit
5. berufliche Qualifikation erhalten

4. Aufgabe

Was entspricht dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JugArbSchG)?

1. Jugendliche dürfen nur zwischen 8 und 24 Uhr beschäftigt werden.
2. Jugendlicher ist, wer noch nicht 18, aber 15 Jahre alt ist.
3. Jugendliche dürfen Sonntags nicht beschäftigt werden.
4. Die Ausbildungsvergütung orientiert sich am Lebensalter.
5. Der Urlaub für Jugendliche beträgt einheitlich 30 Werktage.

5. Aufgabe

In welchem Fall spricht man von einer außerordentlichen Kündigung?

1. Kündigung durch den Arbeitgeber wegen Leistungsverweigerung.
2. Kündigung zum Ende der Ausbildungszeit.
3. Kündigung zum Ende der Lebensarbeitszeit.
4. Kündigung wegen Behinderung der Betriebsratsarbeit.
5. Kündigung wegen Auftragsmangel.

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

6. Aufgabe

Was unterscheidet ein Unternehmen der öffentlichen Hand von privaten Unternehmen?

1. Es muss bei der Preisgestaltung soziale Gesichtspunkte berücksichtigen.
2. Die Produktivität spielt keine Rolle.
3. Es muss „schwarze Zahlen“ erwirtschaften.
4. Die Mitarbeiter genießen einen besonderen Kündigungsschutz.
5. Es darf kein Betriebsrat gewählt werden.

7. Aufgabe

Wer kann ein Darlehen zum Besuch einer Meisterschule gewähren?

1. Arbeitsagentur
2. Sozialamt
3. Berufsgenossenschaft
4. Rentenversicherung
5. Bundesbank

8. Aufgabe

Das Recht jedes EU-Bürgers, in einem EU-Land seiner Wahl arbeiten zu können, bezeichnet man als...

1. Freiheit.
2. Europass.
3. Reisefreiheit.
4. Freizügigkeit.
5. Europäischer Sozialfonds.

9. Aufgabe

Wie viele Werktage hat ein Azubi Urlaub, wenn er am 1. Juli des Jahres 17 Jahre alt ist?

1. 30
2. 28
3. 27
4. 25
5. 24

10. Aufgabe

Wie hoch ist der Beitragsanteil eines Arbeitnehmers zur gesetzlichen Unfallversicherung?

1. 50 %
2. 25 %
3. abhängig vom Alter
4. abhängig vom Beruf
5. 0 %

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

11. Aufgabe

Was ist Hauptmotiv für eine Betriebsgründung?

1. Arbeitsplätze schaffen
2. Güter herstellen
3. Dienstleistungen anbieten
4. Gewinn erzielen
5. Arbeitslosenquote senken

12. Aufgabe

Welcher der nachstehenden Sachverhalte trifft auf das Entgeltfortzahlungsgesetz zu?

1. Die tägliche Freizeit nach dem Arbeitsende beträgt ununterbrochen 12 Stunden.
2. Die werktägliche Arbeitszeit der Nachtarbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten.
3. Es erlaubt keine Anrechnung von Fehlzeiten wegen einer Arbeitsunfähigkeit.
4. Der Arbeitnehmer muss dem Arbeitgeber unverzüglich seine Erkrankung mitteilen.
5. Den betroffenen Arbeitnehmern stehen weitere 5 Tage Urlaub im Jahr zu.

13. Aufgabe

Ein Auszubildender plant, nach Abschluss seiner Berufsausbildung ein Jahr in Frankreich zu arbeiten. Welchen Vorteil kann er durch diesen Auslandsaufenthalt **nicht** erwarten.

1. bessere Sprachkenntnisse
2. persönliche Flexibilität
3. höheres Einkommen nach seiner Rückkehr
4. soziale Absicherung während seines Auslandsaufenthalts
5. erweiterter beruflicher und persönlicher Horizont

14. Aufgabe

Ein Online-Lehrgang zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung enthält zahlreiche fachliche Mängel und verursacht IT-Probleme.

Es liegt vor ein

1. Rechtsmangel
2. Sachmangel
3. Gläubigerverzug
4. Zahlungsverzug
5. Lieferungsverzug

15. Aufgabe

Welche Möglichkeit gibt es, um eine einwandfreie Software zu erhalten?

1. Schadenersatz für die Nichterfüllung fordern
2. vorrangig das Recht auf Rücktritt vom Vertrag
3. vorrangig das Recht auf Nacherfüllung
4. Entschädigung für den Verzögerungsschaden
5. Recht auf Minderung des Kaufpreises

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

16. Aufgabe

Was bedeutet der Begriff „Beitragsbemessungsgrenze“ im Zusammenhang mit der Rentenversicherung?

Der Begriff „Beitragsbemessungsgrenze“ bedeutet, dass ein Arbeitnehmer mit einem Bruttogehalt über der Beitragsbemessungsgrenze...

1. nicht mehr rentenversicherungspflichtig ist.
2. die Wahlfreiheit zwischen privater und gesetzlicher Rentenversicherung hat.
3. keinen Anspruch auf den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung hat.
4. für die gesetzliche Rentenversicherung einen Beitrag entsprechend der Beitragsbemessungsgrenze zahlen muss.
5. derzeit 10 % höhere Beiträge an die Deutsche Rentenversicherung Bund zu entrichten hat.

17. Aufgabe

Ein Auszubildender bezahlt keine Lohnsteuer, wenn

1. das Unternehmen die Lohnsteuer übernimmt.
2. seine Ausbildungsvergütung unter dem Freibetrag liegt.
3. er stattdessen höhere Sozialabgaben bezahlt.
4. in der Probezeit ist.
5. er hohe Werbungskosten hat.

18. Aufgabe

Es besteht die Möglichkeit, ein Arbeitsverhältnis auf Grund von betrieblichen, verhaltensbedingten und personenbedingten Gründen ordnungsgemäß zu kündigen. Welcher der folgenden Vorgänge stellt einen personenbedingten Grund dar, aufgrund dessen das Arbeitsverhältnis mit einem Mitarbeiter beendet werden kann?

1. Beleidigung oder Bedrohung
2. Antritt einer Haftstrafe
3. Beharrliche Arbeitsverweigerung
4. Missbrauch der Arbeitszeiterfassung
5. Unerlaubte Ausübung einer Nebentätigkeit

19. Aufgabe

Eine Arbeitnehmerin nimmt acht Wochen nach der Entbindung ihre Tätigkeit wieder auf. In der zwölften Woche nach der Entbindung erhält sie schriftlich eine außerordentliche Kündigung. Bis zu welchem Zeitpunkt besteht für diese Mitarbeiterin ein besonderer Kündigungsschutz?

1. einen Monat,
2. zwei Monate,
3. drei Monate,
4. vier Monate,
5. sechs Monate.

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

20. Aufgabe

Wie viele Stunden hintereinander darf ein Beschäftigter ohne Ruhepausen beschäftigt werden?

1. drei Stunden
2. vier Stunden
3. fünf Stunden
4. sechs Stunden
5. sieben Stunden

21. Aufgabe

Eine Gewerkschaft plant zur Unterstützung ihrer Lohnforderungen einen Warnstreik.

Was trifft zu?

1. Streiks dürfen nur vom Betriebsrat organisiert werden.
2. Warnstreiks sind während der Friedenspflicht nicht zulässig.
3. Es hat erst eine Urabstimmung stattzufinden.
4. Warnstreiks im öffentlichen Dienst sind unzulässig.
5. Warnstreiks fördern einen Tarifabschluss.

22. Aufgabe

Ein Arbeitnehmer ist arbeitsunfähig, weil er am Vortag auf dem direkten Weg zur Arbeit bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt wurde.

Welche der folgenden Aussagen ist in diesem Zusammenhang zutreffend?

Der Arbeitgeber

1. muss den Unfall der Krankenkasse der Mitarbeiterin melden.
2. darf die Gehaltszahlung ab dem ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit einstellen.
3. darf den Urlaubsanspruch der Mitarbeiterin kürzen.
4. muss den Unfall der Gewerbeaufsichtsbehörde melden.
5. muss den Unfall der Berufsgenossenschaft melden.

23. Aufgabe

Innerhalb welcher Frist kann nach dem Zugang der schriftlichen Kündigung eine Kündigungsschutzklage beantragt werden?

Innerhalb von ...

1. einer Woche
2. zwei Wochen
3. drei Wochen
4. fünf Wochen
5. sechs Wochen

24. Aufgabe

In welchem Fall handelt es sich um eine **gesetzliche** Sozialleistung des Arbeitgebers?

1. verkürzte Arbeitszeit für Arbeitnehmer in Wechselschicht
2. kostenlose Berufskleidung
3. Zuschuss zum Kantinenessen
4. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall
5. Übernahme der Fahrtkosten im öffentlichen Personennahverkehr

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

25. Aufgabe

Welche der folgenden Aussagen über die Gewerkschaften ist richtig?

1. Gewerkschaften schließen mit Unternehmen Betriebsvereinbarungen.
2. Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitgeber.
3. Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer.
4. Gewerkschaften sind Zusammenschlüsse aller Beschäftigten eines Wirtschaftszweiges.
5. Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeitnehmer im Bundestag.

26. Aufgabe

Welcher der folgenden Sachverhalte kann durch eine Betriebsvereinbarung geregelt werden?

1. Kündigungsfristen
2. Gleitende Arbeitszeit
3. Mindesturlaub
4. Mindestlöhne gemäß Tarifvertrag
5. Mindestbeitrag einer Krankenversicherung

27. Aufgabe

Die Tarifautonomie der Tarifvertragspartner ist ein wesentliches Element der bundesdeutschen Lohnpolitik.

Welche der folgenden Aussagen über die Tarifautonomie ist richtig?

Die Tarifautonomie ...

1. gestattet den Tarifvertragsparteien, Tarifvereinbarungen ohne staatliche Einflussnahme zu erzielen.
2. gestattet den Gewerkschaften, jederzeit Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Interessen durchzuführen.
3. verlangt, dass in einem Tarifvertrag staatliche Vorgaben zu übernehmen sind.
4. verbietet es den Arbeitgebern, höhere Löhne als die tariflich festgelegten zu zahlen.
5. verlangt, dass die im Bundesrat vertretenen Landesregierungen an den Verhandlungen beteiligt werden.

28. Aufgabe

Wer gilt als beschränkt geschäftsfähig?

1. Kinder unter 7 Jahren
2. Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 14 Jahren
3. Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 17 Jahren
4. Personen ohne die bürgerlichen Ehrenrechte
5. Personen, die entmündigt sind

29. Aufgabe

In welchem Fall handelt es sich um eine juristische Person des privaten Rechts?

1. Die Geocacher e.V.
2. Fa. Hans Huber
3. Emilio OHG
4. Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern
5. Vorsitzender des Rudervereins Schwerin

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

30. Aufgabe

Die Haftung der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ist gesetzlich geregelt.

Bei welcher der folgenden Rechtsform haften alle Gesellschafter grundsätzlich mit ihrem Privatvermögen?

1. Offene Handelsgesellschaft
2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung
3. Aktiengesellschaft
4. Kommanditgesellschaft
5. Genossenschaft

31. Aufgabe

Welche der folgenden Aussagen zur GmbH ist zutreffend?

1. Das Stammkapital muss mindestens 20.000 EUR betragen.
2. Die Gesellschaft muss von mindestens zwei Personen gegründet werden.
3. Die Gesellschaft kann erst nach Eintragung ins Handelsregister Verträge schließen.
4. Die Firmenbezeichnung kann "Gesellschaft für Vermessungsservice" lauten.
5. Die neu gegründete GmbH ist eine juristische Person des privaten Rechts.

32. Aufgabe

Welche der folgenden Institutionen führt das Handelsregister?

1. Industrie- und Handelskammer
2. Gewerkschaft
3. Berufsgenossenschaft
4. Arbeitgeberverband
5. Amtsgericht

33. Aufgabe

Welche Forderung verjährt nach 2 Jahren?

1. Rechte aus Grundstücksgeschäften
2. Rechte aus Sachmängeln
3. Rechte aus arglistig verschwiegenen Mängeln
4. Rechte aus Erbensprüchen
5. Rechte aus Gebäuden und Baumängeln

34. Aufgabe

Aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs und Kostendrucks überlegen mehrere Hotels einer Region, ihre Preise anzugleichen.

Wie wird diese Absprache bezeichnet?

1. Holding
2. Konzern
3. Kartell
4. Arbeitsgemeinschaft
5. Interessengemeinschaft

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

35. Aufgabe

In einem Betrieb kann ein Betriebsrat gewählt werden, wenn

1. mindestens drei Mitarbeiter beschäftigt sind.
2. drei Beschäftigte dies beantragen.
3. der Betrieb Mitglied im Arbeitgeberverband ist
4. mindestens 5 Mitarbeiter beschäftigt sind, drei davon mit passivem Wahlrecht.
5. ein Arbeitsgericht die Wahl eines Betriebsrats genehmigt

36. Aufgabe

Unter Steuerprogression versteht man

1. Wer viel verdient, kann wenig absetzen.
2. Der Steuersatz steigt mit dem Einkommen.
3. Geringverdiener bezahlen keine Lohnsteuer.
4. 400€-Jobs sind steuerfrei.
5. Zu viel bezahlte Steuern werden rückerstattet.

37. Aufgabe

Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaft sind

1. stabile Preise
2. steigende Löhne
3. eine geringe Arbeitslosenquote
4. Eingriffe des Staates in den Markt
5. multinationale Unternehmensverflechtungen

38. Aufgabe

Wie beeinflusst die Konjunktur den Umweltschutz?

1. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Konjunktur und Umweltschutz.
2. Im Boom muss der Umweltschutz sich anderen Zielen unterordnen.
3. Der Staat fördert den Umweltschutz unabhängig von der Konjunktur.
4. Umweltschutz können wir uns nur bei niedrigen Kreditzinsen leisten.
5. Umweltschutz ist nur in der Rezession möglich.

39. Aufgabe

Welche Folge im Betrieb sollte Rationalisierung auf jeden Fall haben?

1. geringe Rendite
2. höhere Produktivität
3. Erleichterung der Arbeit für Mitarbeiter
4. geringes Arbeitsplatzrisiko
5. Senkung der Kapitalkosten

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

40. Aufgabe

In welcher der folgenden Situationen wird nach dem Maximalprinzip gehandelt?

1. Die Anzahl der Auftraggeber im Geschäftsbereich „Vermessung“ soll im kommenden Geschäftsjahr stabil bleiben; die Personalkosten in diesem Bereich sollen dabei um 8 % gesenkt werden.
2. Die Geschäftsbüros werden mit Energiesparlampen ausgestattet.
3. Der Stammlieferant von Messtechnik wird überzeugt, zukünftig einen höheren Rabatt zu gewähren.
4. Der Umsatz im Geschäftsbereich „Geomatik“ soll um 10 % gesteigert werden. Gleichzeitig soll die Anzahl der Mitarbeiter in diesem Bereich entsprechend erhöht werden.
5. Für die bevorstehende Heizperiode kauft der Geschäftsführer einer GmbH für die Geschäftsräume 10.000 Liter Heizöl. Dieser Vorrat soll so lange wie möglich halten.

41. Aufgabe

Welche der folgenden Merkmale kennzeichnen ein "Angebotsoligopol"?

1. Viele Anbieter und einen Nachfrager
2. Viele Anbieter und wenige Nachfrager
3. Viele Anbieter und viele Nachfrager
4. Wenige Anbieter und viele Nachfrager
5. Einen Anbieter und viele Nachfrager

42. Aufgabe

Welches der folgenden Sachgüter ist ein Gebrauchsgut?

1. Funkgerät
2. Hygienepapier auf den Mitarbeiter-Toiletten
3. Benzin für das Dienstfahrzeug
4. Paketklebeband
5. Etiketten für den Versand

43. Aufgabe

Eine Aktie zum Nennwert von 50 € wird an der Börse mit 225 € gehandelt, die AG schüttet 7,50 € Dividende aus.

Wie hoch ist die Rendite?

1. 15 %
2. 4,5 %
3. 3,33 %
4. 0,45 %
5. 0,15 %

44. Aufgabe

Die einzelnen Dokumente des Europasses sind in allen EU-Ländern gleich gestaltet und

1. ersparen Übersetzungen.
2. machen Schul- und Berufsabschlüsse vergleichbar.
3. garantieren eine vergleichbare Stelle im Ausland.
4. ersetzen die bisherigen Schul- und Berufsabschlüsse.
5. ersetzen in EU-Ländern einen Reisepass.

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

45. Aufgabe

Welches Land ist Mitglied der EU, aber nicht der Eurozone?

1. Frankreich
2. Schweden
3. Griechenland
4. Irland
5. Lettland

Teil 2: Ungebundene Aufgaben

46. Aufgabe

Benennen Sie die „fünf Säulen“ der gesetzlichen sozialen Sicherung in Deutschland. Notieren Sie diese in der Reihenfolge ihrer Einführung.

1.

2.

3.

4.

5.

47. Aufgabe

Nennen Sie fünf Gründe, warum es für einen Arbeitnehmer sinnvoll sein kann eine Einkommenssteuererklärung abzugeben.

1.

2.

3.

4.

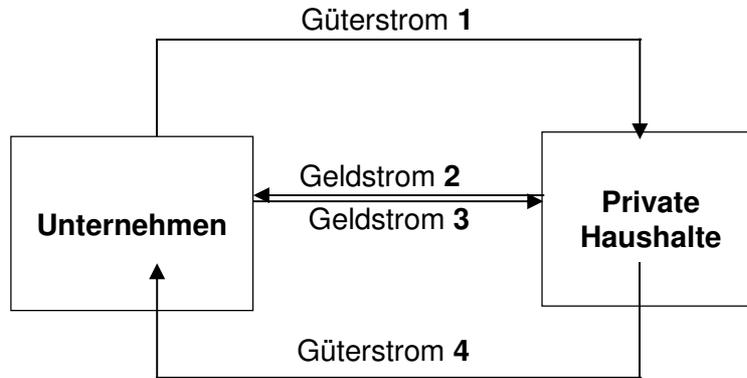
5.

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

48. Aufgabe

In der folgenden Skizze ist das Modell des einfachen Wirtschaftskreislaufs mit den entsprechenden Geld- und Güterströmen dargestellt.

Welche der folgenden Geld- bzw. Güterströme entsprechen den untenstehenden Sachverhalten?



Sachverhalte

1. Für den Verkauf eines Grundstücks erhält ein Privateigentümer von der Erschließungsgesellschaft mbH den Kaufpreis.

2. Der Arbeitnehmer in der Erschließungsgesellschaft mbH stellt seine Arbeitskraft zur Verfügung.

3. Die Erschließungsgesellschaft mbH liefert Planungsunterlagen an die Bewohner einer großen Wohnanlage

4. Frau Meyer, Eigentümerin in der Wohnanlage bezahlt die monatliche Pauschale für Dienstleistungen an die Erschließungsgesellschaft mbH.

49. Aufgabe

In der der Bundesrepublik Deutschland genießen Auszubildende einen besonderen Kündigungsschutz. Stellen Sie die Möglichkeiten zur Beendigung von Ausbildungsverhältnissen dar.

Kennziffer

Aufgabenblatt Prüfungsbereich 5

Markierungsbogen – Teil 1

Aufgabe	1	2	3	4	5
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					
16					
17					
18					
19					
20					
21					
22					

Aufgabe	1	2	3	4	5
23					
24					
25					
26					
27					
28					
29					
30					
31					
32					
33					
34					
35					
36					
37					
38					
39					
40					
41					
42					
43					
44					
45					

Ausfüllung durch den Prüfungsausschuss!

Teil 1- Multiple-Choice-Fragen

Anzahl der richtig gelösten Aufgaben	Faktor	Punktzahl (max. 80)
	x 2	

Teil 2 - Freie Beantwortung

Aufgaben	Punktzahl von 4	Aufgaben	Punktzahl von 4
46		49	
47		50	
48		51	

Gesamtergebnis:

Erreichte Punkte	Punktzahl (max. 100)	Note

Erreichte Punkte	Punktzahl (max. 20)